

Grundzüge der Haushaltsdebatte - Doppelhaushalt 2019/20

Beschluss der Fraktionsversammlung vom 13. März 2018

I.

Im kommenden Jahr jähren sich Umbruch und Aufbruch in der DDR zum 30. Mal. Drei Jahrzehnte Transformation mit allen Tiefen und Höhen liegen hinter uns - zehn Jahre davon wurden in Brandenburg von der LINKEN in der Landesregierung mitgestaltet. Unser Ziel war es dabei auch, dafür zu sorgen, dass unser Land dann, wenn die letzten finanziellen Übergangsregelungen auslaufen, weitgehend auf eigenen Beinen stehen kann. Das ist uns zu einem großen Teil gelungen.

Zugleich rückten neue Bedingungen, Aufgaben und Zielstellungen in den Vordergrund: Wir stehen am Beginn eines umfassenden, alle Lebensbereiche umfassenden strukturellen Wandels. Er hat bereits begonnen.

Damit korrespondiert:

Landespolitisch sind wir in einer Phase voller Verantwortung, deutlich über die Legislaturperiode hinaus - wir bestimmen in zentralen Bereichen, wie das Land in zehn bis fünfzehn Jahren aussehen wird, wie die Menschen hier dann leben werden. Wie organisieren wir unser Land so, wie verteilen wir die Ressourcen, dass es Perspektiven und Sicherheit für alle gibt? Für alle, die hier leben - egal, in welchem Teil unseres Landes sie leben! Darum geht es.

Auf all diese Fragen gibt es keine leichten, eindimensionalen Antworten. Neue Herausforderungen tauchen auf, scheinbar sichere Umstände verändern sich jäh. Und nicht jede Antwort, die wir gefunden hatten, erwies sich als durchsetzbar. Doch nicht nur die Organisation gesellschaftlicher Transformationsprozesse stellt uns als politischen Akteur vor neue Herausforderungen. Die Erfolge der AfD haben das deutsche Parteiensystem, aber auch gesellschaftliche Diskurse verändert und nachhaltig nach rechts verrückt. Eine erzkonservative Politik in der Union, die versucht, der AfD den Wind aus den Segeln zu nehmen, und eine SPD auf historischem Tiefpunkt sind eine Herausforderung für die demokratische Linke insgesamt. DIE LINKE als Partei muss sich in den Ländern weiter konsolidieren und in Regierungsverantwortung – so in Brandenburg - unter Beweis stellen, dass ein solidarisches, soziales Miteinander keine Utopie ist. Auch auf Landesebene nicht. Nur, wenn wir dies glaubhaft im Doppelhaushalt untersetzen und unsere Gesetzgebung in den uns verbleibenden 1,5 Jahren konsequent darauf ausrichten, wird uns das gelingen.

Von zentraler Bedeutung ist und bleibt eines:

Wir haben im Zusammenhang mit der Integration von Flüchtlingen ein Sozialstaatsversprechen abgegeben: Keine soziale Leistung wird gekürzt! Wir bleiben bei dieser Zusage. Brandenburg ist ein Land für alle, die hier leben.

Doch das Sozialstaatsversprechen muss auch weiter reichen. Vor uns liegen weitere ökonomische, soziale, auch kulturelle und politische Umbrüche; deren Vielfalt und Dynamik werden sich verstärken. Energiewende, Verkehrswende - das sind nur zwei Schlagworte und zwei Beispiele, die Brandenburg besonders betreffen.

Der Wandel ist unausweichlich - und er hat schon begonnen. Nicht die Augen davor verschließen, sondern ihn gestalten, ihm sozial eine Richtung und ein Gerüst zur Sicherheit für die Menschen geben - darum muss es der Politik gehen! Öffentliche und soziale Sicherheit gehören zusammen - das eine funktioniert nur im anderen und umgekehrt. Und auch Einwanderung ist kein einmaliger Schock - wir brauchen jetzt deutlich Schritte in Richtung einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft.

Das Sozialstaatsversprechen muss gestärkt werden - dafür wird es veränderte Strukturen und Instrumente geben müssen, nach denen die Suche und für die die Erprobung jetzt beginnt. Für uns gibt es dabei keinen verengten Blick auf Leistungszentren oder Ballungsräume. Das dicht besiedelte städtische Berliner Umland und die weniger dicht besiedelten ländlichen Räume - sie alle haben gleichermaßen Anspruch auf eine solide linke Politik sozialer Gerechtigkeit und solidarischen Ausgleichs. Wir lösen ihn ein.

Für uns stehen bei all dem zwei Schlüsselfragen:

Erstens muss bei allen zentralen Entscheidungen deutlich werden, dass wir sie als *Gerechtigkeitsfragen* verstehen und dass der von uns eingeschlagene Weg zu mehr Sicherheit in unsicheren Zeiten führen soll und führen wird.

Zweitens stehen für uns ganz praktisch die Verbesserung bzw. Erleichterung des *Lebens mit Kindern* in Brandenburg im Zentrum. Das ist mehr als eine strategische Linie unserer Politik - an ihr halten wir fest.

Brandenburg hat aber auch Verantwortung und Interessen, die über die Landesgrenzen hinaus reichen.

Das betrifft zunächst die Kooperation mit Berlin. Nur gemeinsam sind Brandenburg und Berlin die deutsche Hauptstadtregion - nur gemeinsam können beide Länder sie als einen zunehmend dynamischen und attraktiven europäischen Metropolenraum gestalten, von dessen Entwicklung auch unser Land spürbar profitiert. Zugleich bestehen ländliche und scheinbar periphere Räume weiter, von denen sich einige erkennen auch auf andere Metropolen wie Hamburg, Szczecin oder Dresden orientieren. LINKE Politik steht gegenüber allen Menschen, die in der Region leben, in der Pflicht. Dass DIE LINKE sowohl in Brandenburg wie in Berlin regiert, muss in diesem Sinne den Menschen besonders zugutekommen.

Zum zweiten geht es um die Zusammenarbeit mit Polen. Sie ist nicht nur Verfassungsauftrag, sondern tatsächlich Herzensanliegen und hat bereits eine lange, gute Tradition. Zugleich können und wollen wir in guter Nachbarschaft mit Polen auch einen Beitrag für Europa leisten. Brandenburg liegt im Herzen Europas und hat als Nachbar von Polen eine besondere europäische Verantwortung. Dieser wollen wir gemeinsam mit einer europäischen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für das Zusammenleben der Menschen beidseits der Oder und Neiße gerecht werden. Unsere europäische Region ist auch eine Chance für die zukünftige Entwicklung der Regionen Brandenburgs an Oder und Neiße.

In einer Zeit von Krisen und Spannungen in der EU ist es außerordentlich wichtig, Gesprächsfäden und Handlungsmöglichkeiten zu erhalten. Dennoch betrachten wir mit Sorge den voranschreitenden Rechtspopulismus unserer Nachbarländer, der sich u.a. in tiefgreifenden Verfassungsänderungen manifestiert hat. Kontakte aufrecht zu erhalten, zusammen zu arbeiten, wo es möglich ist und gleichzeitig die Ideale sozial gerechterer, emanzipatorischer Gesellschaft zu verteidigen, stellt das aktuelle Spannungsfeld in den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten dar und ist zugleich Aufgabe einer LINKEN in Europa.

Schließlich muss Brandenburg zurück finden zu der herausgehobenen Rolle als *„Stimme des Ostens“*, die unser Land einmal hatte, und zu einem *Motor für Ostdeutschland* werden. Zwar laufen Übergangsregelungen 2019 aus - viele der scheinbar liegengebliebenen und oftmals für Ostdeutsche demütigenden Probleme warten aber immer noch auf eine anständige Lösung. Erst mit diesen wird es zukünftig, mehr als 30 Jahre nach der Wende, hoffentlich keinen Unterschied mehr machen in welchem Teil Deutschlands Menschen aufwachsen, leben, arbeiten und ihre Rente beziehen.

Die Akteure im Bund sind nicht in der Lage, für den jetzt nötigen politischen und gesellschaftlichen Aufbruch zu sorgen. Sie sind den veränderten politischen und sozialen Verhältnisse in Deutschland kaum gewachsen. Ihre zähen und teils widerwilligen Bemühungen um die Bildung einer neuen

Bundesregierung sind weithin geprägt von parteitaktischen Manövern und der Rückversicherung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner - nicht von der gemeinsamen Arbeit an einer Zukunftsperspektive für das Land. Der Bundesrat, die Länderkammer, aber war parteipolitisch noch nie so bunt zusammengesetzt wie jetzt. Alte Fronten brechen dabei auf, neue Länderbündnisse werden möglich. Aber es geht nicht nur um Absprachen und Abstimmungen zwischen den Landesregierungen, sondern auch die Landesparlamente sollten zusammenarbeiten. Das wäre neu. Daran wollen wir mitarbeiten.

Unsere Politik verbindet sich mit Einladung an alle Brandenburgerinnen und Brandenburger, sich hier mit demokratischem Engagement zu beteiligen, sich einzubringen. Es wird sich zeigen, dass es sich lohnt - für die Einzelnen, für das Land insgesamt.

II.

Acht Schwerpunkte, die den LINKEN besonders wichtig sind - mit Blick auf den Doppelhaushalt 2019/20 und darüber hinaus

1. **Leben mit Kindern und Aufwachsen in Brandenburg:** Wir ringen um eine Trendwende im Land: Nicht mehr, sondern weniger sozialer Stress und Kinderarmut!

Wir haben in diesem Sinne schon sehr viel getan: bessere Ausstattung der Kitas, der Schulen, Schüler-Bafög, die Entlastung bei den Kita-Gebühren wird kommen, damit Kita für alle erschwinglich ist.

Armut, insbesondere Kinderarmut, ist noch immer eine Geißel in unserem Land - und sie kann allein mit den Mitteln der Landespolitik nicht aus der Welt geschafft werden. Hier ist die Sozialgesetzgebung des Bundes gefragt - aber es geht auch die Verantwortung des Landes, der Kommunen, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft. Wir werden nicht ruhen, hier stark zu sensibilisieren und Veränderungen herbeizuführen. Landespolitisch werden wir weiter alles tun, um die Folgen von (Kinder-)Armut zu lindern und allen Betroffenen Teilhabe sowie Lebenschancen zu eröffnen.

Wir setzen uns für die Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisch Kinderarmut ein und kümmern uns um deren finanzielle Sicherstellung.

2. **Wir wollen einen sozial fundierten Modernisierungskurs voranbringen:** wirtschaftlich und technologisch, in Infrastruktur und Mobilität, in Bildung und Verwaltung. Wir wollen (und müssen) auf dieser Basis Industrieland bleiben.

→ **Kern: Digitalisierung** vorantreiben & **als soziale Herausforderung** gestalten:

- Nicht nur Arbeitsabläufe ändern sich, sondern auch Beziehungen der Menschen untereinander. Ihre Arbeitsteilung, ihre Kommunikation, Freizeit und Alltag, gesellschaftliches Engagement und private Vernetzung, Informationsaufnahme und -weitergabe.
- Der öffentliche Zugang zu Entscheidungen der Öffentlichen Hand erweitert sich.
- Die Technik eröffnet den Menschen die Chance für eine menschenwürdigere Stellung in der Produktion - auch geringer Gebildete können mit ihrer Hilfe kompliziertere Prozesse beherrschen oder für ihre Arbeit nutzbar machen.

Perspektive:

Radikale Modernisierung im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger in den Bereichen Mobilität und Daseinsvorsorge.

Dabei geht es um gleichermaßen strukturelle Erneuerungen wie konkrete Einzelmaßnahmen, die wiederum mit den komplexen Veränderungen verbunden sind - wie etwa Programme für freies WLAN in Dörfern, in Städten und an Bushaltestellen. Sie bieten Ansätze, um Modernisierung mit digitalen Beteiligungen und Anrecht auf kostenlose Daseinsvorsorge zu verbinden. Insbesondere moderne Mobilitätskonzepte, die neue, umwelt- und ressourcenschonende Technologien mit den Potenzialen der digitalen Vernetzung und Steuerung verbinden, können und werden Versorgung und Teilhabe aller Art auch in derzeit noch abgehängten Regionen deutlich verbessern.

An bestehende Vorteile anknüpfen, sie nutzen und weiterentwickeln:

- weiterer Ausbau der modernen Infrastruktur, insbesondere Breitband-Versorgung
- konsequenter Übergang zum eGovernment.
- Modernisierung im Bereich Mobilität

Wichtig dabei:

Ohne ein ständiges Monitoring kann Politik gar nicht mehr arbeiten. Evaluierung von Wirtschaftsförderung, Bildungspolitik, Verwaltung etc. werden kontinuierlich die politische Arbeit prägen. Je eher, desto besser. Gleichzeitig bedarf es eines fortschreibbaren Konzeptes zu dem sich in der Arbeitswelt vollziehenden digitalen Wandel. Wollen wir unser Sozialversprechen aufrechterhalten, müssen wir Antworten auf die Frage danach finden, wie Arbeitsmarktprozesse und Einkommensverteilungen zukünftig organisiert werden. Dies ist eine der Kernaufgaben der Digitalisierung, die durch alle politischen Parteien momentan verschlafen wird und zu einer großen Verunsicherung führt.

Anlässe/Maßnahmen:

- *Digitalisierungsbericht/Digitalisierungsstrategie/eGovernment-Gesetz*
 - *Grundsatzpapier Fraktion zu Digitalisierung in Brandenburg - nach der Klausur, auch mit Blick auf die Zukunftskonferenzen der Landespartei*
- *Nahverkehrsplan/moderne Mobilitätspolitik in Brandenburg*
 - *Grundsatzpapier Fraktion - nach Digitalisierungs-Komplex, auch mit Blick auf die Zukunftskonferenzen der Landespartei*

→ Energiewende

- Der Ausstieg aus der *Braunkohle* wird voraussichtlich schneller kommen, als noch vor kurzem vorstellbar erschien. Er ist notwendig zur Realisierung der Klimaziele, zu denen wir uns verpflichtet sehen, auch wenn er das Land Brandenburg vor große strukturelle Herausforderungen stellen wird.
 - Für uns bedeutet das, insbesondere der Lausitz einen geordneten, sozial verträglichen Übergang in die neue Zeit zu ermöglichen. Es geht darum, den Strukturwandel zu gestalten, regionale Akteure zu mobilisieren und zu vernetzen. Wir fangen nicht bei null an!
- Die Einführung der Erneuerbaren Energien in Brandenburg muss weiter vorangetrieben werden.
 - Das ist eng verbunden mit unserem Engagement für sozial verträgliche Energiepreise.
 - Mit Nachdruck stellen wir uns den technologischen Herausforderungen von der Entwicklung von Speichertechniken bis zum Bau der notwendigen Leitungen.
 - Notwendig ist eine Genehmigungspraxis, die sicherstellt, dass nur in ausgewiesenen Windeignungsgebieten Windkraftanlagen installiert werden.

- Wir setzen dabei auf eine sozial- und umweltverträgliche Standortwahl, auf Mitwirkungsmöglichkeiten und Beteiligung der Gemeinden.

→ **Wissenschaft und Gesellschaft.**

- Die Wissenschaftseinrichtungen des Landes Brandenburg sind von zentraler Bedeutung für das gesellschaftliche Miteinander. Sie sind weit mehr als Partner*innen für regionale Wirtschaftsunternehmen. An ihnen werden gesellschaftliche Problemstellungen aufgegriffen, systematisiert und an Lösungen für diese gearbeitet. Wir wollen ihnen hierfür verlässliche Grundlagen bieten und mit ihnen gemeinsam weiter daran arbeiten, den Studierenden die bestmöglichen Voraussetzungen für das Studium zu bieten.
- Attraktivität der Wissenschaftsstandorte im Land erhöhen, auch im Bereich Wohnen
- Wirtschaftskultur entwickeln: Gesellschaft Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft gehören zusammen und sollen sich gegenseitig befruchten.
- Zivilgesellschaft gemeinsam weiter ausprägen

3. Sozialer Zusammenhalt im Land/gleichwertige Lebensbedingungen.

- Entwurf für den neuen Landesentwicklungsplan für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg vorgestellt
 - Verkehrs- und Entwicklungsachsen - hin zu Zentren auch jenseits der Landesgrenzen (Dresden z.B.)
 - Orte mit grundzentralen Funktionen
 - Beschlussfassung:
- Kommunal Finanzen:
 - FAG: Wir streben eine verbesserte Finanzierung der kommunalen Familie an und wollen deshalb die Verbundquote erhöhen, den Soziallastenausgleich werden wir ausbauen. Ein neues Finanzausgleichsgesetz soll das noch in dieser Legislatur sicherstellen.
 - Wir stehen zu der Zusage, den kreisfreien Städten bei der Entschuldung zu helfen. Eine Teilentschuldung durch das Land ist möglich, wenn die Städte Bereitschaft zu einer Kooperation mit den benachbarten Kreisen in zentralen Bereichen zeigen.
- Ein Großteil der für die Verwaltungsstruktur bestimmten Mittel sollen für Investitionen in die Infrastruktur des Landes eingesetzt werden, um u. a. die Digitalisierung, den sozialen Wohnungsbau, die Krankenhäuser und die Mobilität entsprechend der unterschiedlichen Bedingungen im Land Brandenburg weiter voran zu bringen.
- Als Begleitmaßnahmen für die Verwaltungsstrukturreform waren Gelder zur Unterstützung überörtlicher Kunst und Kultur für die Oberzentren und auch für die Städte Schwedt und Senftenberg zugesagt worden. An diesen Zusagen wollen wir weiter festhalten.
- Brandenburg und Berlin - Gespräch mit den Verbänden - Ende Januar

4. Gestaltung einer **solidarischen Einwanderungsgesellschaft**.

- Wir setzen uns weiter für ein modernes Einwanderungsgesetz ein, das das Tor zu einer solchen Gesellschaft und zur Integration in eine solche Gesellschaft öffnet.
- Willkommenskultur und Integration bleiben die Leitmotive unserer Politik. Das Landesintegrationskonzept bietet dafür eine gute Grundlage.

5. Wir stehen für eine **neue Art demokratischer Politik** - eine **neue Beteiligungspolitik, die Wege zur Abwägung öffnet, die Ausgleich ermöglicht** - und zwar **bevor** Entscheidungen fallen.

- o **Mediation** kann eine solche Form demokratischer Konsensstiftung sein. Betroffene und Aktivistinnen und Aktivisten begeben sich dabei freiwillig in ein strukturiertes Verfahren mit dem Ziel, den Konflikt konstruktiv beizulegen und zu einer Lösung zu kommen. Mediationsmodellprojekte dort, wo wir politische Verantwortung tragen und politischen Einfluss haben, können die Möglichkeiten eines konsensstiftenden Umgangs als lernenden gesellschaftlichen Prozess versuchen und damit die Integration ausdifferenzierter Interessen ermöglichen.
- o Wir halten am Demokratiepaket fest und werden die Möglichkeiten direkten Mitbestimmung auf der kommunalen Ebene weiter ausbauen. Wir halten daran fest, dass die Kreistagsfraktionen in ihrer ehrenamtlichen Arbeit deutlich mehr und besser unterstützt werden müssen.
- o Ehrenamt - das Herz der Zivilgesellschaft
 - Entbürokratisierung und Anpassung der Förderinstrumente an die Bedürfnisse
 - Mobilität sichern, erleichtern, fördern
 - Prüfen: Wie weit können *öffentlich geförderte Beschäftigung* und Ehrenamt eine Symbiose eingehen?
 - Anerkennungskultur ausbauen!

6. **Leistungsfähiger Öffentlicher Dienst.**

Wir betrachten die Aufrechterhaltung eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes als eine zentrale Herausforderung für die Landespolitik. Unsere Personalpolitik richten wir darauf aus, die Aufgabenerfüllung in allen Bereichen durch eine entsprechende Personalausstattung abzusichern.

Reform des brandenburgischen Beamten-Laufbahnrechts mit dem generellen Ziel höherer Durchlässigkeit. Insbesondere für Ostdeutsche ist der Einstieg in den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst zu erleichtern.¹

¹ A. Bernig: „Brandenburg hat ein „klassisches Laufbahnrecht“ und unterscheidet zwischen Laufbahnbewerbern und „anderen Bewerbern.“ Für Laufbahnbewerber zur Einstellung in den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst ist das Ableisten eines Vorbereitungsdienstes obligatorisch. Eine Ausnahme ist nur für „andere Bewerber“ möglich. Jedoch ist diese Möglichkeit durch die strenge Subsidiaritätsklausel des § 51 LVO im Regelfall ausgeschlossen. Ähnlich restriktiv ist die Rechtslage nur noch im Saarland und in Sachsen. Auch dort kommt ohne Vorbereitungsdienst und Laufbahnprüfung eine Einstellung nur als „anderer Bewerber“ in Betracht. Dies dürfte jedoch zumeist an den jeweils zwingenden Subsidiaritätsregelungen für die Einstellung „anderer Bewerber“ scheitern.“

Wie aus der Expertise zu entnehmen ist, hat Brandenburg als 1 von 3 Ländern einen restriktiven Zugang zum höheren Dienst (sh. S. 20), weil ein Vorbereitungsdienst verlangt wird, der aber gar nicht angeboten wird, und für die Bewährung auf dem Dienstposten gibt es keine Stellen, weil die durch Beamte besetzt sind bzw. bei Ausschreibungen durch „fertige“ Beamte besetzt werden. Damit laufen die Regelungen, dass auch Bewerber mit Sozial-, Verwaltungs-, oder

Veränderungen in Verwaltungsorganisation, -aufbau und -abläufen sind einerseits notwendig, andererseits möglich - sowohl wegen der demografischen und finanziellen Veränderungen im Land, als auch wegen der technischen, wirtschaftlichen und kulturellen Veränderungen.

- Verwaltungskooperationen und freiwillige Fusionen auf kommunaler Ebene werden wir auch weiterhin unterstützen. Wir bleiben bei Unterstützung freiwilliger Zusammenschlüsse von Kommunen (Mitverwaltungsmodell, Amtsgemeinde-Modell).
 - Gemäß den Ergebnissen der Enquete-Kommission und des seitherigen Diskussionsprozesses ist zu prüfen, welche weitere Aufgaben auf dem vom Standarderprobungsgesetz eröffneten Weg an die Städte und Gemeinde übertragen werden sollten.
7. Auf Bundesebene zeichnet sich die Bildung einer erneuten Koalition aus Unionsparteien und SPD ab. Der Entwurf der **GroKo-Koalitionsvereinbarung** ist mit vielerlei Problemen und Herausforderungen für unsere Landespolitik verbunden. Zentral sind folgende Handlungsbedarfe:
- Der Vertrag sieht mehr als ein Dutzend Kommissionen, Arbeitsgruppen etc. vor - erst wenn deren Ergebnisse vorliegen, wird klar und berechenbar, in welche Richtung die Bundespolitik konkret gehen wird. Wir werden uns in diese auch gesellschaftlichen Klärungsprozesse einbringen:
 - Wo es um *gleichwertige Lebensbedingungen* geht, werden wir die Bedürfnisse Brandenburgs artikulieren, die LINKEN Vorschläge für eine bundesweite Regional- und Strukturpolitik einbringen und den Aktionsplan Ost aufrufen.
 - Sinngemäß gilt das für die *Energiewende*. Die hier zu erwartenden bundespolitischen Ergebnisse sind eine zentrale Voraussetzung dafür, eine ambitionierte Energiepolitik in den Ländern zu konzipieren.
 - Gemeinsam mit den Ländern soll eine Reihe von Maßnahmen ergriffen und Schritte gegangen werden, die *Kultur* und Kultureinrichtungen in Stadt und Land, darunter insbesondere in Ostdeutschland stärken und stabilisieren. Brandenburg wird hier ein engagierter Verhandlungspartner sein.
 - In allen Bereichen brauchen wir schnellstmöglich Klarheit über die vom Bund vollständig bzw. unter Kofinanzierungsvorbehalt bereitgestellten finanziellen Mittel.
 - Um Armut in Deutschland zu vermindern und schließlich zu überwinden, muss deutlich mehr geschehen, als der Koalitionsvertrag von Union und SPD vorsieht. Hartz IV bleibt Armut per Gesetz. Gegen Altersarmut gibt es keine wirklich durchgreifende Vorsorge - ein Rentenniveau von 48 Prozent auch für Geringverdiener, eine Grundrente von 10 Prozent über Grundsicherungsbedarf und weiter anhaltende Benachteiligungen im Osten wie etwa für in der DDR geschiedene Frauen machen das deutlich. Angesichts dessen erklären wir: *Alle vom Land selbst bzw. mit Landesmitteln kofinanzierten Leistungen werden weitergeführt.*
 - Im Bereich der Pflege werden wir unserem eingeschlagenen Weg weiter folgen und unsere Pflegeoffensive ausweiten. Beratung und Betreuung von Betroffenen werden ausgebaut.

8. **Erste Ableitungen** für den Einstieg in die parlamentarischen Beratungen des Doppelhaushalts 2019/20:

- Wir streben an, den mit dem Nachtragshaushalt gestarteten Investitionshochlauf bei Wohnungsbau, Bildung, ÖPNV, Feuerwehr und Krankenhausfinanzierung zu stabilisieren und sicherzustellen. Den Krankenhäusern gilt dabei besondere Aufmerksamkeit.
- Beim kommunalen Finanzausgleichsgesetz (FAG) werden wir neben einer Erhöhung der Verbundmasse die Finanzausstattung der grundfunktionalen Zentren einarbeiten.
- Wir sichern schrittweise eine zukunftsfähige Personalausstattung im Öffentlichen Dienst, um Verfahrens- und Entscheidungsabläufe zu verkürzen und soziale und investive Entscheidungen zu beschleunigen
- Die Lohnuntergrenze öffentlicher Aufträge muss angehoben werden.
- Das Landesintegrationskonzept wird finanziell abgesichert.
- Der mit dem Bund vereinbarte Breitbandausbau in den Landkreisen muss umgesetzt werden.
- Die Aufwendungen für Digitalisierung sind zu verstetigen.
- Die Forstreform wird abgeschlossen - bei Sicherung des Einstellungskorridors und der öffentlichen Aufgabendefinitionen.
- Der Nahverkehrsplan, über den Mitte des Jahres entschieden wird, ist finanziell abzusichern. Die entfallenden Entflechtungsmittel werden vollständig durch Landesmittel ersetzt.
- Ein neuer Hochschulpakt, der gute Lehre und Forschung überall fördert und damit mit der bundesüblichen Förderung von ausschließlich Spitzenleistungen bricht, ist abzuschließen.